

z. B. Noske, die ihrem Parteiflügel angehörten. Hier ist natürlich eine Kenntnis der wissenschaftlichen Literatur nicht auszuschließen. Einen guten Einblick erhält man bei der Lektüre in die Arbeit der Reichszentrale für Heimatdienst, für die Hedwig Wachenheim 1919 bis 1921 arbeitete. Sie kann sehr gut zeigen, wie die meisten Beamten in dieser Behörde parteipolitische Neutralität mit Neutralität gegenüber der Republik wechselten.

Von sehr großer Wichtigkeit ist dann die Darstellung der Gründung der Arbeiterwohlfahrt, an der Hedwig Wachenheim führend beteiligt war. Den Abschluß ihrer Erinnerungen bildet ein Bericht über ihre Bekanntschaft mit Paul Levi, die sie selbst als sehr merkwürdig bezeichnete.

So bieten die Memoiren von Hedwig Wachenheim zwar kaum einen Einblick in die theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD während dieses Zeitraums, wohl aber Einblicke in die Detailarbeit einer fleißigen Funktionärin, einer Spezialistin für Wohlfahrtsfragen, die sich allmählich in die Parteispitze heraufarbeitete und die, wegen ihrer Tätigkeit in Berlin, schon frühzeitig mit fast allen Parteiführern persönlich bekannt war.

Willy Albrecht

Ernst Reuter. Schriften, Reden, hrsg. von Hans E. Hirschfeld (†) und Hans J. Reichardt, Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden 1922 bis 1946, bearb. von Hans J. Reichardt, Verlag Ullstein/Propyläen, Berlin 1973, 871 S., Ln., 74 DM; Leder, 94 DM.

Nun liegt der zweite Band dieser großzügigen vierbändigen Ausgabe der Schriften, Reden, Briefe usw. von Ernst Reuter vor, deren ersten Band wir in Bd. XIII des »Archiv für Sozialgeschichte« (S. 672–675) besprochen haben. Was dort grundsätzlich und überwiegend rühmend über diese Ausgabe gesagt wurde, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Hingegen haben sich die in jener Besprechung erst angedeuteten Einwände gegen den Anmerkungsteil sehr verstärkt. Davon soll – auch im Hinblick auf die noch ausstehenden Bände 3 und 4 – etwas ausführlicher die Rede sein. Zunächst ein Wort zur Herausgeberschaft.

Als der Berliner Senat etwa ein Jahrzehnt nach dem Tode Ernst Reuters den Beschluß zu dieser imposanten Ausgabe faßte, war es zweifellos ein sehr guter Gedanke, als Herausgeber den seit der Weimarer Zeit in der sozialdemokratischen Bewegung erfahrenen Hirschfeld und einen jüngeren Historiker zu beauftragen; sie konnten sich gut ergänzen – und das ist, so scheint mir, dem ersten Band noch zugute gekommen. Doch Hirschfeld ist tot, und für den zweiten Band zeichnet nur noch Reichardt.

Für die Bearbeitung, die Abfassung der Einleitungen, des riesigen Anmerkungsteils und des Registers, hat Reichardt zweifellos sehr großen Fleiß aufgewandt; aber das Ergebnis zeigt, daß es doch sehr nachteilig ist, die Herausgabe eines so kostbaren und kostspieligen Werkes, aus dem Generationen von künftigen Historikern und anderen Lesern ihre Kenntnisse schöpfen werden, einem einzelnen anzuvertrauen, der damit einfach überfordert ist – schon weil es ihm an kritischen Gesprächspartnern vor dem Erscheinen des betreffenden Bandes offenbar fehlt. Was ich damit meine, kann hier natürlich nur knapp gesagt und durch wenige Beispiele belegt werden.

Der Band enthält rund 1500 Anmerkungen, die fast 150 enggedruckte Seiten füllen. Viele sind völlig überflüssig, andere lückenhaft, wieder andere enthalten viel zu viel Meinung des Herausgebers. Beispiel: In einer seiner Einleitungen erwähnt Reichardt (S. 461) einmal beiläufig die Gruppe »Neu beginnen«; das kommentiert Reichardt im Anmerkungsteil (S. 804 f.), der 112 Anmerkungen allein zu dieser einen der sechs Einleitungen bringt, mit seiner sehr persönlichen Meinung, diese Gruppe habe in ihrer richtigen Ein-

schätzung der Lage »eine absolute Sonderstellung« eingenommen, sowohl vor 1933 wie auch im Widerstand; das ist zumindest maßlos übertrieben, vermutlich weil Reichhardt die Geschichte des ISK, der SAP usw. weniger genau kennt – aber in jedem Fall ist es nicht Aufgabe eines Anmerkungsteils, so apodiktische Urteile abzugeben. – Ähnlich subjektiv gefärbt in ihren politischen Urteilen sind die Einleitungen, die Reichhardt zu den einzelnen Kapiteln verfaßt hat, häufig auch wären ihm da erhebliche Lücken in seiner Kenntnis der von ihm sonst so überreichlich zitierten Sekundärliteratur nachzuweisen.

Doch zurück zum Anmerkungsteil. Ein Beispiel für viele ähnliche: Ganz nebenbei erwähnt Reuter in einem Halbsatz die Zeitschrift »Tage-Buch« (S. 514); dazu verfaßt Reichhardt eine Anmerkung von mehr als 30 Zeilen (S. 813), in der er nicht weniger als 27 Mitarbeiter dieser Zeitschrift nennt (das alles hat überhaupt nichts mit Reuter zu tun!); diese 27 nur in dieser Anmerkung von Reichhardt genannten Namen sind dann alle ins Namensregister aufgenommen, jeder mit Berufsangabe: z. B. Joseph Roth, Journalist, Schriftsteller – Heinrich Mann, Dichter usw. usw. Mit was für einem Leserkreis rechnet Reichhardt, wenn er etwa hinzufügt: Karl Marx, Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus – Lenin, Begründer des Sowjetstaates usw. usw.

Nun mag man das alles für eine liebenswürdige Marotte und unsere Kritik für kleinlich halten. Aber die – schlimmere – Kehrseite ist, daß Reichhardt sehr häufig dort ungenau und nachlässig wird, wo es sich um viel wichtigere Fakten handelt. Auch das kann nur mit wenigen Beispielen belegt werden. Robert Dißmann ist für Reichhardt »Dreher, Gew.Sekr., sozdem. Politiker, MdR«; ja, weiß er wirklich nicht, daß der »Gewerkschaftssekretär« Dißmann mehr als sechs Jahre lang Vorsitzender der größten deutschen Gewerkschaft und einer der führenden Gewerkschaftler unseres Jahrhunderts war? Bei Tarnow etwa steht ja richtig: Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Überhaupt: Bei kaum einem Politiker nennt Reichhardt die für ihn entscheidende Funktion oder Leistung, dafür aber bei vielen völlig nebensächliche Dinge oder allgemein Bekanntes. Fast alle diese »Kurzbiographien« sind lückenhaft. Dafür wird z. B. zu Gerhard Weisser, der bei Reuter ein einziges Mal in einem Zitat eines Briefes eines Dritten erwähnt wird (S. 645), eine 11 Zeilen umfassende Biographie (S. 863) gegeben . . .

Wird es aber etwas schwieriger, dann kapituliert Reichhardt. Auf S. 655 erwähnt Reuter in einem Brief an Ollenhauer (noch aus Ankara) »eine Frau Petersen, die in Hannover unter Grimme arbeitet«. Das sieht dann in dem sonst so geschwätzigem Namensregister so aus: »Petersen, nach 1945 Angestellte im niedersächs. Kultusmin.« (S. 856). Ein telefonischer Anruf in Hannover oder eine schriftliche Anfrage hätten genügt, um zu erfahren, daß die »Angestellte Petersen« die schon in der Weimarer Republik sehr bekannte Pädagogin Prof. Katharina Petersen ist, zuletzt bis zu ihrer Pensionierung Ministerialrätin, bekannt durch viele Publikationen usw.

Letztes Beispiel: Aus Ankara dankt Reuter in einem Brief an Max Cohen-Reuß (über den Reichhardt im Register alle wichtigen Fakten unerwähnt läßt) für den Hinweis, daß ihm für die so schwierige Rückkehr nach Deutschland vielleicht Dr. Fabian beim Hilfskomitee IRRRC behilflich sein könne. Reuter ist begeistert, denn »der Name Fabian ist mir oft über den Weg gelaufen«, aber er kenne mehrere Fabian und wisse nun nicht, um welchen es sich handle. Darüber schreibt Reuter immerhin mehr als eine halbe Druckseite, wobei der Name Fabian viermal vorkommt – aber da Reichhardt offenbar nicht weiß, wie er aufklären soll, welcher Fabian da nun gemeint war (wie leicht hätte sich das feststellen lassen!), erscheint der Name gar nicht in jenem Namensregister, das sonst so sinnlos aufgebläht ist.

Lassen wir's genug sein mit diesen Beispielen einer unzulänglichen Herausgeberleistung und verweilen wir lieber noch kurz bei den Texten von Reuter, die rund 580 Seiten füllen – rund 300 sind also Einleitungen, Anmerkungen, Register usw. Die Gliederung

des großen Zeitabschnitts von rund 25 Jahren ergibt sich einleuchtend aus Reuters Lebens- und Schicksalsweg: 1922–1926 Journalist und Stadtverordneter in Berlin (hier ist das Material geteilt in »Artikel zur Entwicklung des Kommunismus und zur Innenpolitik«, die uns vor allem zeigen, wie gründlich der frühere Kommunist Reuter mit der KPD gebrochen hat, und »Artikel und Reden zur Kommunalpolitik«), dann 1926–1931 Stadtrat in Berlin, 1931–1933 Oberbürgermeister in Magdeburg. Danach Reuters schreckliche Leiden als KZ-Häftling: Für diese Periode 1933–34 stehen leider nur wenige Berichte, Dokumente und Briefe zur Verfügung, so daß dann das Kapitel »Emigrant in der Türkei« mit mehr als 100 Briefen etwas »Übergewicht« erhält, zumal sich etwa die Hälfte davon – mit unvermeidlichen Wiederholungen – um Reuters fast verzweifelte Bemühungen drehen, möglichst schnell nach Deutschland zurückkehren zu dürfen. Doch ist gerade dieses Kapitel für die Situation vieler politischer Emigranten für die Periode zwischen dem Sieg der Alliierten und der so schwer zu erreichenden Heimkehrerlaubnis und -möglichkeit sehr charakteristisch und auch für Reuters Charakter sehr aufschlußreich.

Walter Fabian

Harry Nowka, Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD. Eine historisch-empirische Untersuchung, Carl Heymanns Verlag, Köln/Berlin/Bonn/München 1973, XII, 167 S., kart., 39 DM.

Das Verhältnis zwischen Parteien und Fraktionen in parlamentarisch verfaßten Industriegesellschaften ist eines der »klassischen Themen« der Parteienforschung. Untersuchungen und Reflexionen hierüber liegt – mehr oder weniger explizit – die Vermutung zugrunde, daß das Spannungsverhältnis zwischen den Funktionen der Parteien als gesellschaftlicher Medien einerseits und politischer Organe andererseits hier exemplarisch besonders gut zu ergründen sei. In England zumal ist die Vermutung soweit internalisiert, daß Politiker und Wissenschaftler die »parliamentary party« und die »membership party« bereits sprachlich voneinander scheiden. Und in der Bundesrepublik lassen sich auf Anhub in Bund und Ländern mehrere Konflikte aus der jüngeren Zeit nennen, die in der Öffentlichkeit meist als Partei-Fraktion-Spannungen dargestellt werden.

Harry Nowka will diesem Spannungsverhältnis von vornherein die ihm oft nachgesagte politische Dramatik nehmen, indem er zwar die Fraktion als ein »parlamentarisches Handlungsinstrument der Partei« bezeichnet, die unterschiedlichen Funktionen von Partei (Interessenaggregation) und Fraktion (parlamentarische Artikulation) sowie mögliche politische Meinungsdivergenzen jedoch als die immanenten Ursachen für auftretende Konflikte festmacht. Da er sich aber auf die SPD als »Erkenntnisobjekt« beschränkt, verkürzt Nowka letztlich seinen Ansatz, denn zumindest ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem überwiegenden Selbstverständnis nach ist gerade die SPD primär eine Partei der Interessenartikulation, und davon erst leitet sich ihre parlamentarische Rolle ab. Hieraus hätte sich ein adäquater Maßstab für die Untersuchung konstruieren lassen, von dem her die Frage zu behandeln gewesen wäre, wie stark in einer industriellen Massengesellschaft institutionelle Barrieren der Artikulation sozialistischer oder sozialreformerischer Ziele entgegenstehen. Daß, wie Nowka meint, in der »hundertjährigen parlamentarischen Geschichte der Sozialdemokratie [...] die Fraktion überwiegend die führende Rolle gespielt« habe, wäre dann als ein Ergebnis zu bewerten gewesen, welches Relevanz über das Erkenntnisobjekt hinaus gewonnen hätte.

Tatsächlich beschränkt sich die vorliegende Arbeit jedoch auf die Organisationsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie. In diesem Rahmen wird deutlich, wie sehr die Machtentfaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen gegenüber der »Rest«-Partei während der Periode des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 bis in die Gegenwart hineinwirkt. Die Frage freilich, ob durch die Folgen des Sozialistengesetzes wesentliche